



WVO WIRTSCHAFTSVERBAND OBERAARGAU

Eine Sektion des Handels- und Industrieverein des Kantons Bern
und Mitglied des Verbandes Bernischer Arbeitgeberorganisationen

MEDIENMITTEILUNG

SPERRFRIST 12.11.2009/17.00h

Der WVO fordert:

Weniger administrative Auflagen für gesundes Unternehmertum

Lotzwil, 12. November 2009. **Der Wirtschaftsverband Oberaargau (WVO) hat seine Mitglieder zum traditionellen Herbstanlass nach Lotzwil eingeladen. Gastgeber war das im Maschinenbau und in der Blechbearbeitung tätige Familienunternehmen Jorns. WVO-Präsident Erich Trösch referierte über die aktuellen Themen Konjunktur, administrative Belastung der Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU), die Entwicklung des Berner Staats-Personalbestandes sowie über die Volksinitiative „Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten.“**

Vom Konjunkturabschwung sind sowohl die Schweiz als auch der Kanton Bern betroffen. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit in der Schweiz beträgt aktuell 4%, der Kanton Bern liegt mit 2.8% unter diesem Schnitt. Dank seiner breiten Branchenstruktur reagiert der Kanton Bern weniger stark auf die konjunkturelle Entwicklung als die Gesamtschweiz.

Administrative Belastung der Kleinen und Mittleren Unternehmen

Zwei Drittel aller Arbeitsplätze bieten die KMU. Diese sind im Vergleich zu grösseren Firmen stärker durch administrative Auflagen belastet. Eine Recherche ergab, dass innerhalb von 14 Jahren der zeitliche Administrationsaufwand pro Monat um 80% gestiegen ist. Ein Viertel des Administrationsaufwandes entfällt auf die Abrechnungen mit den Sozialversicherungen, ein Viertel auf den Verkehr mit den Steuerbehörden und ein Viertel auf die Erfüllung der Aufgaben in Sachen Führung und Prüfung der Buchhaltung. Der restliche Viertel des Aufwandes entfällt auf die Einhaltung der arbeits- und ausländerrechtlichen Bestimmungen, auf Statistiken und verschiedene Melde- und Bewilligungspflichten.

Entwicklung Bestand Kantonspersonal BE

Der Kanton Bern hat in den vergangenen 10 Jahren seinen Personalbestand um 1'000 neue Stellen ausgebaut. Der WVO hat Verständnis für berechtigte personelle Anliegen, zum Beispiel im Bereich der öffentlichen Sicherheit. Neu geschaffene Stellen sollen jedoch zwingend in anderen Bereichen kompensiert bzw. abgebaut werden. Von der Industrie und ihren Mitarbeitenden werden derartige Effizienzsteigerungen ganz selbstverständlich erwartet.

Volksinitiative „Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten“

Es ist unverantwortlich, in der aktuellen angespannten wirtschaftlichen Lage sichere Arbeitsplätze zu gefährden. Die Initiative kann dem Standort Schweiz Schaden zufügen, indem die Innovationskraft verringert und der Ruf als zuverlässiger Handelspartner beschädigt wird. Die heutigen Kontrollen genügen, ein Exportverbot ist unnötig. Ausfuhren von der Initiative betroffener Güter müssen individuell und nach klaren Kriterien genehmigt werden. Die Schweiz kann unerwünschte Exporte so bereits heute verhindern.

Für weitere Auskünfte:

Erich Trösch, Präsident WVO Oberaargau, Natel: 079 330 20 74

Mark Hess, Geschäftsführer WVO Oberaargau, Tel: 062 922 71 33